

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

45 (28.1.1921) Mittagausgabe

Verlags-Preis: In Karlsruhe: Am Verlag und in den Buchhandlungen abgefordert monatlich M. 5.50. Frei ins Haus geliefert M. 6.—

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Einzelnummern und Verlags von Ferd. Zickler'schen Buchverlagsgesellschaft.

Die Pariser Einigungsbemühungen.

Konferenzschluß Samstag.

Paris, 27. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Um 8.15 abends wird amtlich mitgeteilt: Die Konferenz hat über die Wiedergutmachungsfrage einen ausführlichen Meinungsaustausch gehabt.

Am 8.30 empfangt Briand die Journalisten und erklärte ihnen: Die Wiedergutmachungsfrage bringt große Schwierigkeiten mit sich.

Briand wird Frankreich in dem kleinen Ausschuss vertreten, der eingeleitet worden ist zur Bearbeitung der Wiedergutmachungsfrage.

Einzelbesprechungen.

Paris, 28. Jan. Ein Sonderbericht der Havas-Agentur meldet, der gestrige Vormittag ist mit privaten Unterredungen zwischen den verschiedenen Delegationen ausgefüllt worden.

Belgien auf englischer Seite.

London, 28. Jan. In der Reparationsfrage steht einer Pariser Neutrennung zufolge, England zu den auf der Bonlogner Konferenz niedergelegten Zielen.

Die mißvergnügte Presse.

Paris, 28. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Die Morgenpresse stellt im allgemeinen mißvergnügt fest, daß man sich nicht nur innerhalb der alliierten Delegationen über den Plan der Wiedergutmachung einig ist.

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen ungültig.

Berlin, 27. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die vor dem Bezirksauschuss Berlin heute verhandelte Anfechtungssache der Deutschen Volkspartei gegen die Berliner Stadtverordnetenwahlen hat ein für die Zukunft der Reichshauptstadt vielleicht entscheidendes Ergebnis erzielt.

Der Untersuchungsanspruch gegen Vermees.

Berlin, 28. Jan. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags beschloß, dem am 15. Dezember 1920 eingebrachten Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses, der die gegen den Reichsernährungsminister Vermees erhobenen Vorwürfe zu prüfen hat.

Die Kosten des Steuerabzuges.

Berlin, 28. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat an die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der sie um Rückerstattung der durch die Erhebung des Steuerabzuges für die Arbeitgeber entstandenen Unkosten bittet.

Fertigstellung des Lohnabzugsgesetzes.

Berlin, 28. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir hören, steht im Reichsfinanzministerium der neue Gesetzesentwurf über den Lohnabzug kurz vor der Fertigstellung.

Gesetzentwurf für Gewinnbeteiligung.

Berlin, 27. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschnationale Volkspartei stellte zur zweiten Lesung des Etats des Reichs-

französischen Delegation bestände. Frankreich wisse nicht, was es wolle. Die Abmachungen von Boulogne seien vergessen worden.

Paris, 28. Jan. Der „Matin“ schreibt, es sei wenig wahrscheinlich, daß man auf der Pariser Konferenz, so schnell zu einem definitiven Abkommen über die gesamte Höhe der Schuld gelangen wird.

London, 28. Jan. „Daily Mail“ weist in einem Leitartikel darauf hin, daß ein Mißerfolg der Pariser Konferenz ein Ergebnis von erster Bedeutung sein würde.

Paris, 28. Jan. (Eigener Drahtbericht.) In den frühen Nachmittagsstunden ging an der Pariser Börse das Gerücht von einem Austritt des französischen Finanzministers Doumer.

Wird Oesterreich aufgegeben?

Paris, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht.) „Newport Herald“ sagt: Aus gut informierten Kreisen werde mitgeteilt, daß die Privatbanken nicht gewillt seien, das Nötige zu tun, um Oesterreich zu retten.

Der Frieden in Kleinasien.

Kopenhagen, 28. Jan. (Eig. Draht.) Wie die Londoner Blätter melden, spricht man in diplomatischen Kreisen Athens über den Verzicht Italiens, den Frieden in Kleinasien wieder herzustellen.

Paris, 27. Jan. (Havas.) Die alliierten Kommissare in Konstantinopel machten dem Großwesir Mitteilung von der Einladung an die türkische Regierung, sich auf der Londoner Konferenz vertreten zu lassen.

Paris, 28. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, ist Benizelos gestern in Paris eingetroffen und zwar auf Wunsch Lord Georges, der mit ihm über die orientalische Frage verhandeln will.

Die neuen Gütertarife.

Berlin, 28. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Der Verkehrsbeitrag im Reichsverkehrsministerium hat die Tarifunterkommission beauftragt, sofort einen Entwurf über die neuen Gütertarife fertigzustellen.

Der deutsche Gesandte in Wien.

Berlin, 28. Jan. (Draht.) unserer Berliner Schriftleitung.) Der Wiener Gesandte, Herr von Rosenfeld, ist vorübergehend in Berlin eingetroffen und hat bei Herrn Goepfert Wohnung genommen.

Die Tiroler Anschließfrage.

Wien, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die vom Tiroler Landtag beschlossene Abstimmung über die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich wird am letzten Sonntag im Februar stattfinden.

Demission des Berliner polnischen Botschafters.

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die vor einiger Zeit schon durch die Blätter bekannt gewordene Demission des Berliner polnischen Botschafters Szymborski ist heute vom Reichsausschuss genehmigt worden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ aufgelöst.

Berlin, 28. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschnationalen haben die „Deutsche Tageszeitung“ aufgelöst. Als Chefredakteur wurde der Herausgeber der „Hamburger Nachrichten“, Dr. Hartmeier, berufen.

Frankreichs Hand in Polen.

Von unserem hiesigen Berichterstatter.

Julius Wilms.

Warschau, Mitte Januar.

Die Rücksicht auf die sogenannte „Sicherung“ des Vertrages von Versailles und, damit verbunden, die Furcht vor dem Wiederherausbrechen der Zukunft haben die französische Politik veranlaßt, im Osten Deutschlands ein möglichst kräftiges und hartes Polen zu begünstigen.

Diese Richtlinie der französischen Politik, die auch bei Aenderung und Spaltung der ententistischen Ansichten über die zweckmäßigste Stellung zu Sowjetrußland in unveränderter Schärfe aufrecht erhalten wurde, war für Polen nach Ansicht seiner meisten führenden Köpfe unheimlich vorteilhaft.

Der alte Nationalismus der Polen, richtiger gelagt, der ihm innewohnende und durch seine gegen alle Realitäten blinde Propaganda-Aufpeitschung genährte, schier unerschütterliche Imperialismus, der nach dem erträumten Polenreich vom Meer zum Meer strebt, hat Polen völlig dagegen blind gemacht.

Die polnischen Sozialisten und einige andere, im öffentlichen Leben ziemlich einflußreiche Kreise haben zwar erkannt und mit recht verständlicher Deutlichkeit mehrfach betont, daß es ihnen zweckmäßiger erscheine, der polnischen Republik in gewissen Grenzen selbständige Handlungsfreiheit zu bewahren.

Zwei Ereignisse sind den in Warschau mit großem Eifer und nicht geringem Geschick wirkenden französischen Diplomaten und Militärmissionen zu Hilfe gekommen, diese etwa aufklärende Stimmung des Mißtrauens zu unterdrücken.

Zunächst war das Vordringen der bolschewistischen Truppen im letzten Sommer über das halbe Kongresspolen bis in die nächste Nähe der Weichselhauptstadt Anlaß zu unklärender Erfindung Polens um französische militärische Hilfe.

Die polnische Rechte sieht die Existenz Polens nur dann garantiert, wenn Polen in einem so engen Bundes- und Schutz- und Trutzbündnis mit der mächtigen französischen Schwesterrepublik steht.

Derartige Gedanken — denen ja ein Wahrheitskern nicht abzuspüren ist — geschickt unter das an sich empfindungsmäßig lebhaft für Frankreich sympathisierende Volk getragen, haben den Rechtsparteien erhebliche Kräfte unter der Masse der künftigen Wähler gebracht.

Die Parteien der Linken, denen namentlich eine von Frankreich distanzierte Außenpolitik keineswegs sympathisch ist und die außerdem nicht blindlings von der Vorteilhaftigkeit einer Monopolstellung des französischen Handels und der französischen Industrie in Polen überzeugt sind, hatten unter dem allgemeinen Eindruck des „Wunders der Weichsel“ wenig Möglichkeit, der Politik der unter dem Banner Kaderewskis stehenden Kreise zugräftige Gegenjungen entgegenzusetzen.

Das zweite Ereignis, das zu einer Klärung der polnisch-französischen Beziehungen drängte, war die letzte Regierungskrise, die die Krise des Koalitionskabinetts Witos-Daszyński, die durch die Demission des Sozialisten Daszyński hervorgerufen wurde.

Ungeachtet des unter dem Trude der Leuerung und des Lebensmittelmangels, des wirtschaftlichen und finanziellen Niederganges stark gewachsenen Friedenswillens bei den im Parlament etwa auf gleich und gleich stehenden Kräften bestand die Gefahr, daß womöglich ein Kabinett der Mitte und Linken mit starker Vormachtstellung















